

Bürokratie | 18.06.2026 | Nr. 197/26

Rasmus Vöge: TOP 55: Politik und Verwaltung haben es übertrieben

Es gilt das gesprochene Wort!

Sehr geehrte Frau Landtagspräsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen,

unser Land braucht Regeln. Ich denke, darüber stimmen wir alle in diesem Hause überein.

Das Zusammenleben von über 80 Millionen Menschen muss geregelt werden. Und über Jahrzehnte sind wir Deutschen auch wegen unserer Regeln und dem damit einhergehenden Funktionieren von Staat, Wirtschaft und Verwaltung im In- und Ausland bewundert und beneidet worden.

Unsere Wirtschaftsordnung, die soziale Marktwirtschaft verlangt nach Regeln. Wir lehnen den libertären Staat ab, Freiheit braucht Ordnung und wir wollen keinen ungezügeltten Kapitalismus oder dass der Stärkere das Recht in seine Hand nimmt. Der Ausgleich zwischen Kapital und Arbeit ist in Deutschland gelungen. Unser Modell hat zu einem breiten Wohlstand geführt, wie wir ihn in der Geschichte unseres Landes noch nie erlebt haben. Auch wenn die anhaltende Stagnation unserer Wirtschaft die Politik vor große Herausforderungen stellt.

Wir stehen heute aber an der Schwelle, an der wir nicht nur Reformen bei Steuer- und Sozialsystem brauchen, sondern insbesondere bei der Regulierung unseres Staates und unserer Wirtschaft. Denn es ist offensichtlich: Politik und Verwaltung haben es übertrieben mit Gesetzen, Verordnungen und Regeln. Bürger und Unternehmer beklagen mittlerweile eine ungezügelte Regelungswut, staatliche Mikromanagement in nahezu allen Bereichen.

Und ich bin mir sicher: Jeder von uns kann absurdeste Beispiele nennen, die uns als Politikern bei Bürgersprechstunden oder Unternehmensbesuchen präsentiert werden. Die Regelungsflut betrifft alle Bereiche: Wirtschaft, Landwirtschaft, Ehrenamt, Sport, Feuerwehr, Freizeit.

Man muss sich selbstkritisch die Frage stellen: Wie konnte das soweit kommen? Mir ist klar, der Staat kann entweder mit Regeln oder mit Geld handeln. Wir sollten aber eine weitere Dimension betrachten: die Eigenverantwortung und mutiges Vorgehen und deshalb schlage ich Ihnen vier Punkte vor:

1. Es braucht ein Moratorium;
2. Es braucht erste Schritte mit klaren Maßnahmen, um z.B. Berichtspflichten abzuschaffen;
3. Wir müssen Bereiche definieren, bei denen wir auf Regelungen verzichten;
4. Und wir brauchen eine Änderung des Bewusstseins und der Haltung und Einstellung von Staat und Verwaltung gegenüber seinen Bürgern.

Dieser letzte Schritt wird der schwierigste sein. Hierfür bedarf es Schulungen für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, Änderungen bei Ausbildung und Studium, die Stärkung der Eigenverantwortung und das regelmäßige Nein-Sagen.

Wir haben ja durchaus erste Erfolge, die dürfen wir auch nicht kleinreden: Ich nenne die Initiative unseres Wirtschaftsministers, die gemeinsam mit der Wirtschaft erarbeitet wurde oder das Papier mit den zahlreichen Punkten der kommunalen Landesverbände.

Aber jetzt müssen wir mutig sein und loslegen. Der Vorteil: es kostet uns nichts und wir haben aber die großartige Möglichkeit, Initiative und Engagement zu entfesseln. Mein Appell an Verbände und Gewerkschaften lautet: arbeiten Sie konstruktiv mit. Nicht jede Vereinfachung oder Liberalisierung bedeutet den Zusammenbruch, etwa des Sozialstaates. Es gilt, die Eskalationsspirale der Empörung zu durchbrechen. Ich bin mir sicher, dann wird uns das auch gelingen.